

Labile Demokraten in den Hörsälen

Das Interesse vieler Studierenden an der Politik schwindet. Einer Untersuchung zufolge sind in den Hörsälen und Seminaren überzeugte und gefestigte Demokraten inzwischen in der Minderheit.

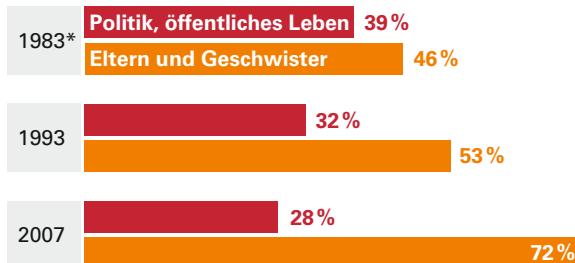
So wenig Interesse an Politik gab es noch nie: Nur 37 Prozent der Studierenden der Jahres 2007 erklärten, ein starkes politisches Interesse zu haben. Seit Wissenschaftler der Universität Konstanz die Einstellungen von angehenden Akademikern erkunden, lag der Anteil stets höher. Beim ersten Studierendensurvey 1983 waren es noch 54 Prozent. Von einem „drastischen Rückgang“ und einer „Schwächung des demokratischen Potenzials in Deutschland“, spricht darum Tino Bargel, Autor der Studie für das Bundesbildungsministerium.* Besonders auffällig sei, wie sehr sich junge Frauen von öffentlichen Fragen abwenden. Noch 1983 war fast jede zweite Studentin politisch interessiert, mittlerweile sind es nur noch 29 Prozent. Bei den Männern fiel der Rückgang schwächer aus: von 58 auf 47 Prozent.

Die Neigung, sich mit Politik zu beschäftigen, ist in allen Fächern geschwunden. Am meisten Interesse haben jene, die bald beruflich mit Gesetzen zu tun haben: Jura-Studenten. Die Studierenden von heute halten das Thema „Politik und Öffentlichkeit“ für weniger wichtig als ihre Vorgänger in den 1980er- und 1990er-Jahren. Dagegen wächst sehr stark die Wertschätzung der Familie. Es handele sich um einen grundlegenden Wandel der Einstellungen, schreibt Bargel.

Zudem sind die politischen Auffassungen der Studierenden diffuser geworden. Die meisten vermeiden Festlegungen. Strikte Anti-Demokraten sind zwar rar: Nicht einmal ein

Studierende: Rückzug ins Private

Für sehr wichtig hielten unter Studierenden ...



*nur Westdeutschland

Quelle: Studierendensurvey 1983–2007, Uni Konstanz 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

Prozent haben sich 2007 dazu bekannt. Aber grundsätzliche Distanz zur Politik äußerten 14 Prozent, doppelt so viele wie vor 25 Jahren. Vage in ihren Äußerungen zur Demokratie und ihren Werten sind zudem fast 40 Prozent. Der Forscher nennt diese Gruppe „labile Demokraten“. In der Summe bedeute das: Es gibt in den Hörsälen und Seminaren keine Mehrheit von überzeugten und gefestigten Demokraten.

Der Konstanzer Wissenschaftler sieht die zunehmende politische Zurückhaltung auch vor dem Hintergrund veränderter Studienbedingungen: „Das Studium als Phase der Erprobung und der Alternativen ist kaum noch gefragt.“ Die angehenden Akademiker stünden früh unter Druck, zügig und ohne Umschweife zu studieren: „Die steigende Zahl der Studierenden nimmt dem Hochschulbereich manches an Exklusivität, dennoch wird der Hochschulabschluss für den Zugang in einen Beruf entscheidender.“ ▶

* Quelle: Tino Bargel: Wandel politischer Orientierungen und gesellschaftlicher Werte der Studierenden. Studierendensurvey: Entwicklungen zwischen 1983 und 2007, Untersuchung für das BMBF, Berlin 2008

Download und Quellendetails: www.boecklerimpuls.de

HARTZ IV

Zwei Ämter sind zuviel

Eine Entflechtung der von Kommunen und Arbeitsagenturen gemeinsam betriebenen Job-Center würde vielen Langzeitarbeitslosen das Leben schwerer machen.

Das Bundesverfassungsgericht hat die 370 als Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) zwischen Arbeitsagenturen und Kommunen konstruierten Grundsicherungsstellen für verfassungswidrig erklärt. Es handele sich um eine unzulässige Mischverwaltung: Der Bürger könne nicht mehr erkennen, „wen er wofür verantwortlich machen kann“.

Bis Ende 2010 hat der Gesetzgeber nun Zeit, eine verfassungskonforme Lösung für den Fortbestand der ARGEn zu finden. Andernfalls müssten Kommunen und Arbeitsagenturen die gemeinsamen Job-Center wieder entflechten und so arbeiten, wie es heute in den 23 Kommunen geschieht, die sich mit der Arbeitsagentur nicht auf die Einrichtung einer ARGE einigen konnten: Die Arbeitsagentur wäre zuständig für Arbeitslosengeld II und Arbeitsförderung, die Kommune für Unterkünfte und soziale Förderung. Wissenschaftler vom Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) haben im Auftrag der

Hans-Böckler-Stiftung untersucht, wie gut die Hartz-IV-Verwaltung im Modell der „getrennten Aufgabenwahrnehmung“ (GAW) funktioniert.* Ihr Ergebnis: „Das Leitbild Dienstleistung aus einer Hand – das zentrale Versprechen der Hartz-IV-Reform – ist in der GAW nicht zu erreichen“. Kommune und Arbeitsagentur stehen in einem Konkurrenzverhältnis und haben unterschiedliche Organisationskulturen: Die Chefs der Kommunalverwaltungen neigen dazu, die Arbeitsagenturen als inflexibel und zentralistisch zu betrachten; in den Arbeitsagenturen gelten die Kommunen als chaotisch und unwirtschaftlich. Obwohl sich die Arbeitsebene um eine effiziente Kooperation bemüht, gibt es große Reibungsverluste. Sind die Einkommensverhältnisse komplizierter als beim „Norm-Antragssteller“, kommt es oft zu Abstimmungsproblemen bei der Leistungsberechnung. Ein Grund: Die beiden meist räumlich getrennten Behörden haben kein gemeinsames EDV-System, sondern verständigen sich per Post oder Bote. Das IAQ resümiert: Kooperative Formen wie die ARGEn oder einheitliche Lösungen wie in den Optionskommunen seien der GAW in jedem Fall vorzuziehen. ▶

* Quelle: Johannes Kirsch, Matthias Knuth, Gernot Mühge, Oliver Schweer: Chancen zur Integration von Leistungsprozessen in der getrennten Aufgabenwahrnehmung im SGB II, April 2009

Download unter www.boecklerimpuls.de